

Klasse gegen Klasse



Kaum stehen mal ein paar Räder still, schreit das Kapital, dass es das nicht will. Es hallt aus vollen Rohren, aus allen Medienkanälen. Vorneweg - natürlich die Springer-Presse, als Sturmgeschütz für die Formierung der Gesellschaft.

Ja, das muss, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung die Streiks im öffentlichen Dienst und bei den Eisenbahnen unterstützt.

Nur einen Tag mussten ver.di und EVG gemeinsam streiken, um Karin Welge, Präsidentin der kommunalen Arbeitgeberverbände, „ein bisschen sauer“ zu machen. Das Streikrecht werde „inflationär ausgereizt“, das sei „nicht der Verhandlungston, den wir pflegen“, so Welge. Für den angemessenen Ton sorgte dann ihre Parteifreundin und Innenministerin Nancy Faeser (SPD). Nach dem Scheitern der Verhandlungsrunde im Tarifikampf des Öffentlichen Dienstes fabulierte sie darüber, dass hier nicht über irgendwelches Geld, sondern über – **Obacht!** – Steuergeld verhandelt werde. Das erfordere eine besondere „Verantwortung“.

Nach Jahren der zunehmenden Arbeitsverdichtung kämpfen die Kolleginnen und Kollegen um einen Inflationsausgleich. Sie wollen nicht draufzahlen für eine Krise, an der sie keine Schuld tragen. Faesers Steuergeld-Gerede ist eine Beleidigung für all jene, die vor Monaten noch beklatscht und bejubelt wurden. Was wurde nicht alles versprochen: mehr Personal, nicht nur für Krankenhäuser, sondern auch für Gesundheitsämter und Sozialdienste. Kaum dass die angekündigten Verbesserungen für einen Teil von ihnen konkret werden könnten, wird die nächste Schleife gedreht. Im Tarifikampf weicht das Versprechen der Verachtung.

Was dem bürgerlichen Staat als „Arbeitgeber“ viel zu hoch erscheint, ist für den Staat als Waffenschieber viel zu wenig. Fast zeitgleich mit dem Scheitern der Tarifrunde beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages, zusätzliche zwölf Milliarden Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine bereitzustellen – ganz ohne Streik, ohne Tränen und ohne größere Diskussion.

Für Krieg ist unbegrenzt Geld da – für gute Löhne nicht

Gegen die Summen, die für den Stellvertreterkrieg gegen Russland aufgebracht werden, fallen die Gewerkschaftsforderungen nicht ins Gewicht. Dem Steuergeld wird nur nachgetrauert, wenn es für bessere Löhne, soziale Leistungen oder die Bekämpfung von Kinderarmut ausgegeben werden soll.

Während die Beschäftigten gegen den Abbau ihrer Löhne anrennen, nimmt die Hetze zu. Offen wird das Streikrecht angegriffen, werden Leistungen abgebaut und die öffentliche Daseinsvorsorge in Frage gestellt. Im Öffentlichen Dienst geht es nicht nur um einen guten Tarifvertrag, sondern auch um die Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte gegen den als „Zeitenwende“ getarnten Generalangriff des Kapitals. ♦

Kinder- und Jugendarmut in Bremen

Als ein zentrales Feld bremischer Armutspolitik haben wir die Kinderarmut gewählt, weil die Armutsquote in Bremen 28,2 % beträgt und die höchste Quote in Deutschland ist. Davon sind 23% Rentner; 26% Erwerbstätige; 6% Erwerbslose; 21% Personen unter 18 Jahren und 24% sonstige Personen.

Die DKP Bremen fordert gerade deshalb eine drastische Erhöhung der Regelsätze beim Bürgergeld und der Altersgrundsicherung von 502 auf 725 Euro und ein grunderneueres existenzsicherndes BAföG.



Das größte Armutsrisiko haben ca. 46.500 Mädchen und Jungen von Alleinerziehenden. Das sind mehr als zwei von fünf Kindern die gefährdet sind und in ärmlichen Verhältnissen leben müssen.

Arm, krank und depressiv: Das ist der Teufelskreis, in dem viele Bremer Kinder stecken. Die Armutsgefährdung für Kinder liegt im Land Bremen bei 42 Prozent, so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Dieser Umstand, ruft fortschrittliche Kinderärzte auf den Plan, weil sie einen starken Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Gesundheit vieler Kinder sehen.

Als typische Beispiele für Krankheiten und Probleme, die bei ärmeren Kindern besonders häufig zu beobachten seien, nennen sie: Schlechte Zähne, Übergewicht und Sprachentwicklungsstörungen.

Der Konsum von Suchtmitteln wie Alkohol oder Zigaretten komme bei Jugendlichen oft hinzu, ebenso eine Abhängigkeit vom Medienkonsum. In diesem Zusammenhang sprechen Kinder- und Jugendpsychiater auch von einer Abhängigkeit von TV, Computer oder Smartphone und von einer "nicht stoffgebundenen Sucht", die häufig in Kombination mit Suchtmitteln wie Marihuana (THC) zu beobachten und ein Vorbote einer Depression oder Psychose sei.

Sehr häufig ist der Grund für das Suchtverhalten, dass die Kids nicht rechtzeitig, gefördert wurden, weil es nicht genug Kitas und Erzieherinnen und Erzieher gibt. Auch gibt es nicht genug kleine Gruppen, die zum Beispiel für Förderprogramme gebraucht werden.

Viele Kinder kommen zu spät in die Kitas, weil einerseits den Eltern zu wenig Aufklärung zu Teil wurde und andererseits es an Plätzen mangelt. Im März 2023 konnten zum ersten Mal Vorschulkinder, die keinen Kita-Platz haben, einen Sprachtest machen. Das Ergebnis: Rund 83 Prozent von ihnen müssen gefördert werden.

Der Grund

Protest und Unwillen unter Kindern und Jugendlichen haben ihre Ursachen nicht im sogenannten Generationskonflikt, sondern liegen im gesellschaftlichen Sein. Das bedeutet, dass es eine Rolle spielt, wo das Kind aufwächst, zum Beispiel in Schwachhausen, der Vahr oder Gröpelingen. In den Widersprüchen der Gesellschaft, die vom Großkapital beherrscht wird, zeigt dieses System das es nicht in der Lage ist, der Jugend eine sinnvolle Zukunft zu geben, ihr die planmäßige Entfaltung ihrer bestmöglichen Fähigkeiten zu ermöglichen, denn das kostet alles Geld und muss Gewinne für die Besitzenden einbringen muss. ♦

Der rote Kommentar

„Wahrhaft, wir leben in finsternen Zeiten ...“, besser als mit dieser Gedichtzeile von Bertold Brecht sind das letzte Jahr und der Verlauf dieses Jahres kaum zu beschreiben.



NATO-Stellvertreterkrieg in der Ukraine mit Aufrüstung und Waffenlieferungen. Wirtschaftskriege die Energiekrisen und Inflationen bedingen, die wiederum die soziale Ungleichheit verschärfen. Dazu Flüchtlingselend und Sozialabbau in der Daseinsvorsorge.

Das US-Militär brachte seit Wochen ununterbrochen verschiedenes Militärgerät über Bremerhaven nach Osteuropa und prägte in unerträglicher und unheilvoller Weise das Stadtbild, indem per Straße und Schiene Tag und Nacht Panzer unterwegs waren.

Wieder einmal kam Deutschland, wie schon im Irak-Krieg, seiner Aufgabe nach, Drehscheibe für einen weiteren NATO-Krieg zu sein. Und der mediale Hype ersäuft in Blut und Jammer und auf allen gleichgeschalteten Kanälen brüllt der reaktionäre deutsche Wahn durchs Land: Krieg muss sein!

Die Politikerreden die uns so demokratisch serviert werden sind lediglich die Sauce zu dem Braten, der den Kriegstreibern serviert wird. Das Kriegs- und Wirtschaftsprogramm der Ampel-Regierung ist ein Programm gegen uns zum Gürtel enger schnallen, zum Frieren und entspricht inhaltlich den Direktiven, die der Regierung von den herrschenden Kreisen des Großkapitals erteilt worden sind.

Wir Kommunisten glauben nicht den herrschenden medialen Lügen, die uns allen weiß machen sollen, dass die globalen Ressourcen nur für Wenige langen und dass die westlichen Staaten daher die anderen Länder der Welt durch militärische und wirtschaftliche Maßnahmen in einem unterentwickelten Zustand als Rohstofflieferanten und Sondermülldeponien halten sollen.

Der Westen wird auch weiterhin Hungersnöte produzieren, weil er die Güter der Welt „einsaugt“ und überall wo er abzieht wüste Städten der Zerstörung hinterlässt, was uns die Ukraine, der Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, Jugoslawien und viele andere Staaten der Welt zeigen – wir müssen ihnen in den Arm fallen, damit wir den geplanten US-Krieg gegen China verhindern können. ♦

Bremen: Explodierenden Preise vertiefen Armut



Wegen der Energiekrise stehen viele Bremer Bürger vor Kosten, die sie nicht mehr tragen können. Berechtigt sorgen sie sich, ob sie im schlimmsten Fall in einer kalten Wohnung sitzen und frieren müssen.

Die DKP Bremen fordert noch wirkungsvollere Maßnahmen gegen die rapide steigende Armut auf. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen dieses und des vergangenen Jahres mit Inflation und Krieg ist keine Zeit zu verlieren, um die wachsende Not zu lindern. Die Armut in der Arbeiterklasse wird nicht nur immer größer, sondern mit den explodierenden Preisen auch immer tiefer. Daher sind von zentraler Bedeutung eine spürbare Anhebung der Löhne in den Tarifrunden und der Regelsätze beim Bürgergeld und der Altersgrundsicherung sowie eine existenzsichernde Reformierung des BAföG und die zügige Einführung der Kindergrundsicherung. Geld ist genug da! ♦



Penicillin in der Apotheke nicht zu bekommen

Verzweifelte Mutter in einer Osterholzer Apotheke

Immer öfter werden Arzneimittel knapp. Das Problem der Lieferengpässe ist seit Jahren ein brennendes Problem. Apotheken waren und sind bis heute nicht in der Lage phasenweise wichtige Medikamente wie Hustensaft, Penicillin und andere Medikamente für Kinder und Erwachsene zu besorgen, weil die Lieferketten u.a. durch die westliche Sanktionspolitik unterbrochen waren.

Die tieferen Ursachen liegen aber in der Entwicklung eines strategischen Geschäftsmodells, das strukturell und somit jetzt nur schwer umkehrbar ist. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es mehr und mehr aus Gründen der Profitlogik zu einer Auslagerung der Produktion nach Asien gekommen. Das Ergebnis ist eine hohe Abhängigkeit gerade bei Wirkstoffen und Fertigarzneimitteln, die häufig und in großen Volumen benötigt werden. Die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg haben auch gezeigt: Lieferketten sind weit verzweigt, hochsensibel und anfällig bei Störfällen. Der Wahnsinn aber ist, dass der Politik bewusst ist, dass bei Generika eine große Abhängigkeit von Asien besteht und dass Lieferketten zu störanfällig für eine stabile Versorgung sind. Trotzdem wurde ein Wirtschaftskrieg gegen Russland mit vorhersehbaren Lieferkettenunterbrechungen entfacht, mit bis heute langfristig unvorhersehbaren Folgen für die Bevölkerungen Europas. ♦



Das 49-Euro-Ticket - Vor dem Start schon zu teuer

Ab 1. Mai soll das 49-Euro-Ticket im Nah- und Regionalverkehr unter dem Namen „Deutschlandticket“ eingeführt werden. Der Name wurde bewusst so gewählt, damit man nicht dauerhaft an den Einführungspreis in Höhe von 49 Euro gebunden ist. Das „Handelsblatt“ meldete nun, dass schon für 2024 die erste Preiserhöhung geplant sei. Dazu soll im Regionalisierungsgesetz der Passus eingefügt werden, dass der Preis in Abstimmung von Bund und Ländern jährlich angepasst wird. Dabei ist

schon die Finanzierung für 2023 auf Sand gebaut.

So also geht die versprochene nachhaltige Mobilitätswende: Noch bevor das 49-Euro-Ticket überhaupt eingeführt ist, werden bereits die Weichen dafür gestellt, das Angebot zu verteuern. Nach Informationen des „Handelsblatt“ könnte dies womöglich schon 2024 erstmals der Fall sein. Aus Nordrhein-Westfalen kam dazu lediglich ein halbes Dementi. Es gebe dafür derzeit »keine konkreten Pläne«, sagte NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) dem *Westdeutschen Rundfunk*. So, so, keine konkreten Pläne, aber ...

Die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, jeweils 1,5 Milliarden Euro beizusteuern, ist nur auf die Startphase gemünzt. Der Bremer Anteil beträgt 20,2 Millionen Euro inkl. „ohne Mitnahmegarantie für Fahrräder“. Fazit – zum Deutschland-Ticket: Geht es um Reformen fürs Volk zimmert diese „Fortschrittskoalition“ wieder nur halbe Sachen zusammen. Hier wird gekleckert – für Krieg und Waffen wird geklotzt. ♦



Die **UZ** ist solidarisch mit den Geflüchteten und nennt die Fluchtverursacher und Profiteure beim Namen. Sie beteiligt sich in antifaschistischer Tradition am Kampf gegen Nazis und andere rechte Organisationen. Sie ist der internationalen Solidarität verpflichtet und berichtet ausführlich über die fortschrittlichen und antiimperialistischen Bewegungen in anderen Ländern.

Problemfall Gesundheit Nord?



Widerstand ist angesagt!

Die Vorgeschichte

Das Profitstreben nach möglichst hoher Gewinnausschüttung für die Großaktionäre ist mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG`s) in 2003 bittere Realität geworden. Viele Krankenhäuser wurden von Großkonzernen aufgekauft, die sich möglichst viele „goldene Rosinen“, z.B. durch gewinnorientierte Op`s) herauspicken.

Die Krankheit ist zur Ware verkommen.

Die Realität

Die verbleibenden öffentlichen Krankenhäuser sind für die Maximalversorgung und andere teure und langjährige Behandlungen rund um die Uhr zuständig. Auch durch strukturelle Unterfinanzierungen durch den Bund, Land und Kassen und durch eine mangelhafte Bereitstellung von

Landesinvestitionen schreiben vor allem die öffentlichen Krankenhäuser rote Zahlen. Diese Investitionen werden in den nächsten Jahren weiter rapide eingeschränkt. Die Folge ist, dass weitere Krankenhäuser in den nächsten Jahren geschlossen werden.

In Bremen stehen das *Klinikum Bremen Ost* und *Links der Weser* auf der Abschussliste. Der Bettenabbau mit 500 Betten bei der stationären Gesundheitsversorgung sorgt dafür, dass eine flächendeckende Vollversorgung durch die Krankenhäuser Bremens nicht mehr möglich ist. Es findet ein sozialer Krieg auf Kosten der Bevölkerung nach dem Motto statt „steigen auch die Einwohnerzahlen Bremens, sinkt trotzdem die Bettenzahl in den Bremer kommunalen Kliniken.“

Als Grund wird angegeben, dass die Zahl der stationären Behandlungen wegen fehlendem Personal und hohem Krankenstand weiter zurück geht, deshalb mussten Stationen vorübergehend geschlossen werden. Daraus schlussfolgert man dann, das Betten abgebaut werden müssen, statt genügend GesundheitsarbeiterInnen einzustellen. Ach ja, die gibt es ja nicht, weil bundesweit ca. 300.000 Kolleginnen und Kollegen den Gesundheitsberuf aus Gründen der permanenten Überlastung und schlechten Bezahlung verlassen haben und auch weil Ausbildungskapazitäten geschrumpft sind.

Die ArbeiterInnenklasse

Schon öfters sind GesundheitsarbeiterInnen auf die Straße gegangen oder haben gestreikt, um auf den Fachpersonalmangel, die Überlastung oder die schlechte Bezahlung aufmerksam zu machen. Doch nichts hat sich zum Guten gewendet. In Gegenteil, der Personalabbau und die zurzeit 700.000 Überstunden setzen sich fort und freiwerdende Stellen werden, wenn überhaupt, erst ein halbes Jahr später wiederbesetzt. Jetzt ist erneut die Rede davon, dass noch mehr Personal ausgegliedert und mit weniger Lohn dieselbe Arbeit machen soll. Wie schon manch eine Kollegin und Kollege in den patientenfernen Bereichen. Sie müssen für ein Drittel weniger Lohn arbeiten. Soll das die Zukunft der Arbeitenden in der **Gesundheit Nord** sein?

Die DKP fordert, dass alle Beschäftigten nach dem gleichen Ver.di-Tarifvertrag bezahlt werden.

Trotz einer fortschrittlichen Gesundheitssenatorin geschieht das nicht von alleine. Die Lehre der Arbeiterbewegung ist die, das sich das Kräfteverhältnis nicht spontan zugunsten der Arbeiterklasse ändern wird. Diese Verschiebung entwickelt sich erst in dem Maße, wie sich die Kolleginnen und Kollegen zur Aktionseinheit zusammenfinden. Gemeinsam sind wir nämlich stark. Der erste wirksame Schritt wäre, in unsere Gewerkschaft ver.di einzutreten, denn je höher der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Betrieb ist, je mehr Druck kann von unserer Gewerkschaft ausgeübt werden. ♦

Überwältigende Beteiligung

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) sind gescheitert. Der Bund und „Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ (VKA) haben daraufhin ein Schlichtungsverfahren eingeleitet, das derzeit läuft. In den vergangenen Wochen hatten sich laut ver.di bundesweit 500.000 Kolleginnen und Kollegen an Warnstreiks beteiligt. Anhand der mündlichen Aussagen der Arbeitgeber, die während der Verhandlungen – aber vor allem aus der Presse – nach dem Scheitern zu vernehmen waren, sieht man, wie groß die Differenzen sind. Das wird vor allem deutlich beim Thema Mindestbetrag. Die Arbeitgeber bieten 300 Euro bei 24 Monaten, also 150 Euro pro Jahr. Das liegt deutlich unter unserer Forderung von 500 Euro für 12 Monate.

In den zahlreichen und lebhaften Diskussionen auf Streikversammlungen wurde deutlich, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen nicht mit einer – eventuell auch hohen – Einmalzahlung abspesen lassen wollen. Gerade der Mindestbetrag, also die soziale Komponente, steht hier im Vordergrund. Die von Inflation und Teuerungsrate besonders stark belasteten unteren Entgeltgruppen profitieren anteilig mehr von einem hohen Mindestbetrag.



Was bei den streikenden Kolleginnen und Kollegen wirklich zu Wut und Fassungslosigkeit geführt hat, ist die Forderung der Arbeitgeber nach einem „Sonderopfer“ der Krankenhausbeschäftigten. Hinter dem niedlichen Namen „Zukunftssicherungs-Tarifvertrag“ verbirgt sich nichts anderes als die Möglichkeit für die Arbeitgeber, Lohnkürzungen durchsetzen zu können.

VKA und Bund behaupten, die Erfüllung der Forderungen sind nicht bezahlbar

In der Öffentlichkeit sind die Arbeitgeber sehr darum bemüht zu zeigen, wie großzügig ihr vermeintliches Angebot sei. Die Intention ist, die ver.di-Forderungen als maßlos und volkswirtschaftlich unzumutbar darzustellen. Aber schauen wir uns das doch mal genauer an. Das Volumen unserer Forderungen liegt pro Jahr zwischen 15 und 20 Milliarden Euro. Das hört sich erst einmal nach viel an, ist aber zum Beispiel gegenüber dem Sondervermögen von 100 Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr ein Klacks!

Insgesamt kann man sagen, dass es so einen Zuspruch zu den verdi-Forderungen von Seiten der Kolleginnen und Kollegen in den zurückliegenden Tarifrunden noch nicht gab. Das hatte einen stark mobilisierenden Effekt. Während der Mobilisierung zu den Warnstreiktagen wurde deutlich, dass die Kolleginnen und Kollegen eine sehr hohe Streikbereitschaft haben – vor allem auch in der Pflege.

Vielleicht haben die bundesweiten Warnstreiks mit ihrer enormen Beteiligung ja bei den Arbeitgebern Eindruck hinterlassen, doch verlassen sollte man sich darauf besser nicht. ♦ S. Höhn, Vertrauensmann am Uniklinikum Mannheim

Impressum:

BREMER RUNDSCHAU

Herausgeber: DKP Bezirk Bremen

Kontakt zur DKP: dkp-bremen@gmx.de

V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger Mühlenstr. 135, HB



**Sozialistische Wochenzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei**

CommPress Verlag GmbH

Hoffnungstraße 18 45127 Essen

Telefon: 0201 177889-15 (14h-18h)

www.unsere-zeit.de